



29. Juni 2006

Stellungnahme der europäischen Ilisu Kampagne zu den Ergänzungen des Konsortiums vom 14.06.2006 zu Umweltverträglichkeitsprüfung und Umsiedlungsplan für den Ilisu Staudamm

Am 14.06.2006 veröffentlichte das Ilisu-Konsortium Ergänzungen (*amendments*) zu den im November 2005 vorgelegten Projektunterlagen (UEIAR und URAP). Diese sollen nach Aussage des Konsortiums die von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Exportkreditagenturen (ECAs) aufgezeigten Defizite des Umsiedlungsplans (URAP) und der Umweltverträglichkeitsstudie (UEIAR) korrigieren und Missverständnisse klären. Wir werden diese Dokumente einer genauen Prüfung unterziehen – möchten jedoch angesichts des Treffens der ECAs am 29.05.2006 vorab auf wesentliche Punkte aufmerksam machen.

Bei Durchsicht der Dokumente muss festgestellt werden, dass die grundsätzlichen, von NGOs und unabhängigen ExpertInnen vorgebrachten Kritikpunkte, sowie auch die von ECAs selbst aufgezeigten Mängel nicht ausgeräumt wurden. **Grundvoraussetzungen** für eine finanzielle Unterstützung (wie eine akkurate Schätzung der Betroffenen, solide Budgetierung, gesichertes Land für Umsiedlungen, die Unterstützung der Betroffenen und lokalen Behörden für das Projekt, die Absicherung gegen Verarmung, die Konsultation mit Nachbarstaaten, die Lösung der Umweltprobleme u.a.) **sind nicht gegeben**.

Nach Weltbankstandards ist eine Finanzierungszusicherung nicht zulässig, wenn nicht im Vorfeld alle grundlegenden offenen Fragen betreffend RAP und EIA vollständig und zufrieden stellend gelöst wurden und die entsprechenden finanziellen und materiellen Mittel dafür bereitstehen.





Nachfolgend einige Beispiele weiterhin bestehender kritischer Punkte:

Auswirkungen auf Anrainerstaaten

- Am 24.05.06 fand ein Treffen zwischen türkischen, irakischen und syrischen Beamten statt. Gemäß unseren Abklärungen über befreundete Organisationen vor Ort, handelte es sich jedoch nur um ein technisches Komitee und um einen Informationsaustausch. Das geforderte Abkommen über den Tigris zwischen den Anrainerstaaten ist nach allen Angaben bisher inexistent.
- Gerade in den landwirtschaftlich relevanten Frühlingsmonaten sieht die in den *amendments* angegebene, grobe Schätzung eine Halbierung der Wasserdurchflussmenge an der Grenze vor. Es ist nicht anzunehmen, dass Syrien und Irak mit diesem Regime einverstanden sind, welches direkte ökonomische und menschliche Auswirkungen mit sich bringt.
- Trotz entsprechender Forderungen der ECAs wurden die ökologischen und sozialen Auswirkungen auf Syrien und Irak nicht untersucht.
- **Die unilateral und ohne weitere Begründung festgelegte Mindestdurchflussmenge von 60 m³/s wurde nicht verändert.** Die öffentlichen Verlautbarungen des Konsortiums, wonach die Mindestdurchflussmenge auf 100 m³/s erhöht worden sei, sind falsch und irreführend.

Umweltauswirkungen und Abwasserbehandlung (WWTP)

- Das Expertenbüro Phil Williams & Associates stellt fest, dass die Antworten in den *amendments* die gestellten Fragen nicht ausreichend beantworten .
- Die Wasserqualität des Stausees bleibt wegen der Gefahr der raschen Eutrophierung auch weiterhin ein kritischer Punkt, dem Beachtung geschenkt werden muss. Gemäß den Angaben in den *amendments* ist eine dreistufige Abwasserbehandlung sowohl in Batman, Diyarbakir und Siirt notwendig, um eine Verschlechterung der Wasserqualität zu verhindern. Die Antworten in den *amendments* suggerieren, dass diese bereits bestünde. Die in den Unterlagen als zuständig angegebenen Kommunen haben bis 2013 aber weder den Ausbau geplant, noch haben sie ausreichende Finanzen dafür (telefonische Anfrage bei Wasseramt Diyarbakir und Kommune Batman am 26.06.2006). Im Ilisu Budget fehlt eine klare Angabe über zusätzliche finanzielle Mittel für den Bau von Kläranlagen. Die zuständigen Behörden und Gemeinden werden demnächst mit einem persönlichen Brief an Sie zu diesen Punkten Stellung nehmen.





- Die Auswirkungen des separat geplanten Cizre Staudamms werden weiterhin willkürlich zum Teil in die Projektplanung von Ilisu einbezogen und dann wiederum bei relevanten Aspekten unterschlagen.
- Wichtige Studien (zum Beispiel zu bedrohten Arten) sollen erst nach Projektstart begonnen werden. Dies ist nicht zu akzeptieren, da zu befürchten ist, dass dann keine geeigneten Ausgleichsmaßnahmen mehr eingeplant werden können.
- Weitere ungelöste Probleme sind die hohe Sedimentierung, der Vogelschutz sowie die ökologischen Auswirkungen flussabwärts. Bitte entnehmen Sie weitere Einzelheiten zu diesen Punkten aus der Beurteilung von Phil Williams & Associates.

Umsiedelung und Armutsprävention

- Die Angaben und Methodik zur Ermittlung der Betroffenen sind mehrfach widersprüchlich.
- **Es liegt nach wie vor kein Plan zur Einkommenswiederherstellung vor.**
- Die aufgelisteten Ideen sind in keiner Weise verbindlich, wurden mit den Betroffenen nicht abgestimmt und klare Zeitpläne, Zuständigkeiten und Budgets sind nicht vorhanden.
- Das von ECAs geforderte *benefit-sharing* für die betroffene Bevölkerung wurde nicht etabliert.
- Es fehlen weiterhin ein klarer Managementplan im Sinne eines eigenen Entwicklungsprojekts, der Indikatoren zur Beurteilung der geplanten Aktivitäten enthalten würde, sowie ein Stufenplan mit Zeitangaben, wann welche Maßnahme von wem unternommen wird etc.
- Entgegen Forderungen der ECAs ist kein unabhängiges Monitoring vorgesehen.
- Trotz Aufforderung von ExpertInnen wird weiterhin nicht die aktuelle Rechtslage angewandt.
- Es bleibt damit weiterhin unklar, auf welcher Gesetzesgrundlage die umgesiedelten bzw. entschädigten Personen ihr Recht einfordern können und bei welcher Behörde.
- *Grievance* Prozesse beruhen weiterhin auf Versprechen, müssen jedoch juristisch einklagbar sein.





- Entgegen der Anforderungen internationaler Standards **ist geeignetes Land für eine Land-für-Land Entschädigung nicht gesichert**. Der Vorschlag der *amendments*, über gerichtliche Enteignungen erst geeignetes Land zu beschaffen, ist sowohl zeitlich als auch budgetär fragwürdig und als Plan inakzeptabel. **Das Land muss als Teil des RAP gesichert sein, die Aufwendungen dafür müssen als Projektkosten ausgewiesen sein, die Umweltauswirkungen der Neuansiedlung müssen untersucht sein und die Eignung muss mit den Betroffenen abgestimmt sein, bevor eine Kreditvergabe zugesichert werden kann.**
- Bei einer monetären Entschädigung werden die Betroffenen mit fehlenden Qualifikationen, wie schon bisher andere Staudammvertriebene, keine Arbeit in den Städten finden und weiter verarmen. Es wurden keine Vorkehrungen getroffen, um dies zu verhindern. Mehr noch – die zuständigen Verwaltungen wurden nach wie vor nicht adäquat eingebunden.

Bewaffneter Konflikt

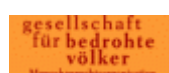
Eine Diskussion der Tatsache, dass in der Region immer noch bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden und Teile des Reservoirs in der letzten Zeit nicht einmal zugänglich waren, sowie der Auswirkungen dieses Umstands auf das Projekt, wird **komplett verweigert**.

Budget

Das **Budget** ist nach wie vor nicht glaubwürdig, wesentliche Kostenfaktoren (wie Entschädigungen für das zu enteignende Land, Maßnahmen für Einkommenswiederherstellungsprogramme etc.) sind nicht enthalten, zahlreiche Posten sind mit unrealistischen Summen veranschlagt.

Ein Beispiel: die erwähnten landwirtschaftlichen Kredite (100 Mio. US\$ über 15 Jahre zu 0% Zinsen mit Rückzahlung ab dem 5ten Jahr) würden über Zinsentgang Nettokosten in Höhe von etwa 140 Mio. US\$ verursachen.

-> **Ist geklärt, wer die Kredite geben und für den Zinsentgang aufkommen wird und welche Rechtsverbindlichkeit entsprechende Zusagen besitzen?**





Einer Vielzahl weiterer Anfragen und Forderungen der ECAs und NGOs wurde **nicht** nachgekommen (**darunter eine Neubewertung eines möglichen Dammbrochs, ein unabhängiges Monitoring, benefit-sharing, der Nachweis einer wirklichen Partizipation der betroffenen Bevölkerung bei Projektplanung und Ausgleichsmaßnahmen, die Anfertigung von Umweltgutachten für staudammbedingte weitere Maßnahmen wie Übertragungsleitungen, ein realistisches Budget, die Anwendung der aktuellen Rechtslage u. a.**). Die aufgezeigten Punkte sind daher nur ein vorläufiger Hinweis auf weiter bestehende massive Mängel. Eine detaillierte Untersuchung der Unterlagen von unserer Seite wird folgen.

Auf Basis der jetzigen Unterlagen droht das geplante Ilisu Wasserkraftprojekt enorme soziale und ökologische negative Konsequenzen nach sich zu ziehen. **Angesichts fehlender Voraussetzungen fordern wir die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz daher dringend auf, die vorliegenden Exportversicherungsanträge der Baukonsortien nicht zu genehmigen.**

ECA-Watch Campaign Austria
AGEZ; Gesellschaft für bedrohte Völker; Global 2000; Koordinierungsstelle der Österr. Bischofskonferenz; Verein kurdischer StudentInnen, WWF Österreich. Email:
Tel: ++43/650/5863912, Email eca-watch@gmx.at Internet: www.eca-watch.at

Erklärung von Bern
Quellenstr. 25, Postfach 1327, CH - 8031 Zürich
Tel. +41 44 2 777 000, ceberlein@evb.ch Internet: <http://www.evb.ch/p25011047.html>

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Torstr. 154, D - 10115 Berlin, Tel. +49 (0)30 27582249
heike.drillisch@weed-online.org Internet: www.weed-online.org/ilisu

